

Pressemitteilung

Bundesrat fordert 10% anstatt 16%

Berlin/Erkner (BBK) 01.04.2010: Der Gesetzesentwurf zur unterjährigen Korrektur der PV-Einspeisevergütung ist in alter Form dem Bundestag zugeführt worden. Die Vergütungen sollen um 16% für PV-Dachanlagen und um 15/11% PV-Freiflächenvergütungen zum 01.07.2010 sinken. Der Bundesrat hat sich aktuell gegen die zu starke Absenkung der Einspeisevergütung klar positioniert und fordert, die Vergütung nur um 10% zu senken, um den Job-Motor PV mit weit mehr als 100.000 direkten Arbeitsplätzen zu schützen.

„Der Vorschlag des Bundesrates, nach **Kürzung von maximal 10%**, erscheint mir ein wirtschaftspolitisch kluger Entschluss, da ansonsten die Gefahr besteht, dass große Teile der deutschen Hersteller und Installationsbetriebe ab dem 01.07.2010 keine Arbeit mehr haben. Gleichzeitig plädiert der BBK dafür, dass der Termin für Dach- und Freiflächenanlagen nicht gesplittet wird. Bei einer Splittung der Termine kommt es zu „Mitnahmeeffekten“ und nicht zu einer von der Politik gewünschten kalkulierten Modulpreissenkung“, so Peter Schrum, Präsident des BBK e.V.

„Da auf Grund der parlamentarischen Verzögerungen der 01.07.2010 für das Inkrafttreten wirtschaftspolitisch nicht haltbar ist, plädieren wir dafür, die Degression von 10% **ab dem 01. September 2010** als bereits harten Kompromiss für die Branche im Parlament zu vereinbaren“, so Peter Schrum weiter.

Die in den letzten Wochen diskutierten Eigenverbrauchsboni sind zu begrüßen, jedoch für die Netzentlastung nicht signifikant.

Äußerst negativ für den PV-Technologiestandort Deutschland sind die jetzt im Gesetz befindlichen Zusatzdegressionen für 2011/2012, die dazu führen werden, dass sich zahlreiche Unternehmen im benachbarten Ausland orientieren werden, wenn dieses nicht korrigiert wird. Hier entsteht der Eindruck, dass die deutsche Politik Angst vor dem Erfolg eines zu großen Wachstums der PV-Branche, hat und das obwohl PV derzeit der größte Job-Motor im regenerativen Bereich in Deutschland ist.

„Die „politische“ Angst vor dem Erfolg hat bereits in Deutschland die Biodiesel- und Pflanzenölbranche zerstört. Wir wollen vermeiden, dass dieses nicht im PV-Bereich, der so wichtig für die **solare Mobilität** in Deutschland ist, ebenfalls geschieht. Daher fordern wir die CDU/CSU – FDP Regierung auf, eine wirtschaftliche Weitersicht zu üben und den Bundesratsbeschlüssen mit Inkrafttretung 01. September 2010 zu folgen“, so Peter Schrum abschließend.